

Bildungsgerechtigkeit: Teurer Schulbedarf erschwert Teilhabe

Die Aufregung dürfte am letzten Wochenende riesig gewesen sein, für viele Kinder in Niedersachsen hat ein ganz neuer Lebensabschnitt begonnen. Mit einer großen Zuckertüte im Arm wurden sie feierlich ins schulische Leben eingeführt. Wie schon bei den älteren Jahrgängen geht es nun darum, auch ihnen eine möglichst umfassende Bildung mit auf den Weg zu geben. Neben aller Freude dürften sich bei manchen Eltern aber einige Sorgenfalten auf der Stirn, ob der auf sie zukommenden finanziellen Belastungen, eingestellt haben.

Schule als familiärer Kostenfaktor

Denn Schule ist eine ziemlich teure Angelegenheit. Wie das Vergleichsportal Idealo erst kürzlich ermittelt hat, kostet ein durchschnittliches Schulleben in Deutschland von der Einschulung bis zum Abitur die Familien über 20.000 Euro. Hierbei schlagen nicht nur Klassenfahrten und technische Mittel zu Buche. Seit 2020 haben sich die Preise für Schreib- und Zeichenmaterial und Papierprodukte stärker als die allgemeine Inflation entwickelt (siehe Grafik). Für Schul- und Lehrbücher galt dies in den letzten Jahren zwar nicht, jedoch haben sie sich im Juni 2025 um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat verteuert. Die Verbraucherpreise stiegen im selben Zeitraum um rund die Hälfte.

Niedersachsen ohne Lernmittelfreiheit

Gerade für Eltern, die über ein geringes Einkommen verfügen, sind solche Ausgaben kaum zu schultern. Denn anders als beispielsweise in Bremen oder Hessen wurde die Lernmittelfreiheit, nach der grundlegende Materialien wie Schulbücher zur Verfügung gestellt werden sollen, 2004 in Niedersachsen abgeschafft. Obwohl der Bildungserfolg fast nirgendwo stärker von der Finanzkraft des Elternhauses abhängt als in Deutschland, wird Kindern aus einkommensschwächeren Haushalten die Teilhabe nochmal deutlich erschwert.

Unterstützungsangebote reichen nicht

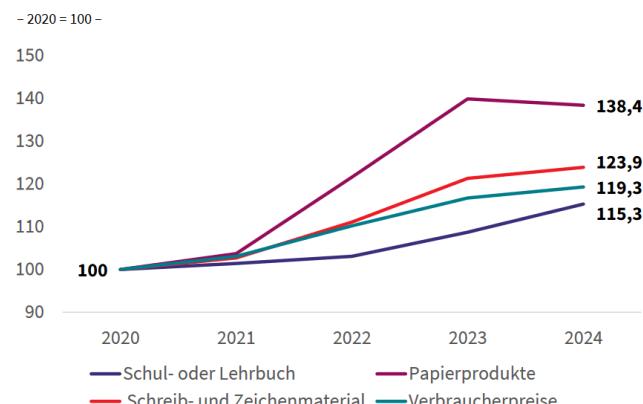
Nun ist es zwar nicht so, dass es keine staatliche Unterstützung gibt. Über das [Bildungspaket](#) können Familien mit Bürgergeld, Kinderzuschlag oder

Wohngeld Zuwendungen für Schulmaterialien erhalten. Es ist aber keineswegs gesagt, dass das Geld auch tatsächlich fließt oder ausreicht. Oft wissen die Betroffenen nichts von dem Angebot oder schämen sich für die Inanspruchnahme. Und Familien aus der Mittelschicht, die ebenso unter der Inflation gelitten haben, sind ohnehin außen vor.

Zurück zur Lernmittelfreiheit

Kurzum: Bei den durch die Schule entstehenden Kosten müssen die Eltern entlastet werden. Es ist ein gutes Signal der Niedersächsischen Landesregierung, dass sie ab 2026 die [Finanzierung von](#)

Preisentwicklung von Produkten im Schulbereich



Quelle: Statistisches Bundesamt 2025; eigene Darstellung

3,8 %

**Die Preise für
Schul- und Lehr-
bücher sind im
letzten Jahr
stark gestiegen**

[Schultablets ab der 7. Klasse](#) übernehmen möchte.

Zusätzlich sollte sie es sich aber auch zur Aufgabe machen, die Lernmittelfreiheit wieder ins Leben zu rufen, um damit vielen Familien eine ihrer drückendsten Finanzsorgen abzunehmen.

Mehr Bildungsgerechtigkeit wagen

Schließlich dürfen gleiche Chancen im Bildungssystem nicht nur eine Worthülse und an die soziale Herkunft der Kinder gekoppelt sein. Gute Bildung ist einer der zentralsten Hebel für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, befähigt zu einem selbstbestimmten Leben und gewährt gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten. Dies muss für alle Kinder gleichermaßen gelten und darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Die Lernmittelfreiheit wäre eine Investition in die Zukunft.